

Warum eigentlich nicht?



Wochen nach

Sarrazins Buchvorstellung wird zwar so häufig über die Islamisierung Deutschlands diskutiert wie noch nie zuvor hierzulande, aber die Eliten sind doch kein Stück von ihrem Multikulti-, oder besser Islamokulti-Projekt abgewichen. Im Gegenteil: In Zusammenarbeit mit den Medien versuchen sie, dem Volk das Hirn noch intensiver zu waschen. Ihre Strategie ist, bei der Diskussion so zu tun, als ob es einen von keinem hinterfragbaren Konsens gäbe, um so das Freiheitsbewusstsein der Menschen weiter eingeschränkt zu halten.

(Von Lutherrose)

Das klingt sinngemäß ungefähr so: „Natürlich gibt es Probleme, aber unbestreitbar ist doch, dass wir Muslime in Deutschland haben und sie Teil der Gesellschaft sind.“ Hier werden wir manipuliert. Und zwar an unserem Gewissen. Wir sollen uns bei dem Gedanken an die armen Muslime schuldig und schlecht fühlen. Sie sind doch nunmal hier, was sollen sie machen? Das ist ein Trick! Es sind in erster Linie Menschen, egal ob sie sich gern als Muslime bezeichnen lassen, zu uns gekommen. Und diese Menschen verhalten sich irgendwie. Es geht um dieses Verhalten und die Frage, ob es dem entspricht, was die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln der Gesellschaft fordern. Und diese Regeln sind nicht unmittelbar gottgegeben,

sondern entsprechen dem Mehrheitswillen dieser Gesellschaft. Noch. Und genau darum geht es. Es sollen die Mehrheitsverhältnisse verändert werden. Dadurch soll uns die Möglichkeit genommen werden, unseren Willen demokratisch durchsetzen zu können.

Es geht also um uns, um unseren Willen und um unser Freiheitsbewusstsein. Ich möchte hier dazu aufmuntern, die eigene Freiheit zu begreifen und zu ergreifen und die anerzogenen Denksperren zu durchbrechen. Ich habe oben das Gewissen angesprochen. Das hat sehr viel mit der eigenen Weltanschauung oder Religion zu tun. So hält sich der Moslem für absolut gerecht, weil er sich einem ihm doch unbekanntem Allah zu unterwerfen vorgibt und der Umma angehört. Der Islam, könnte man sagen, ist die Religion der Selbstgerechtigkeit. Deshalb wird man Vertreter der muslimischen Community in den Medien nie bescheiden oder schuldbekennend auftreten sehen. Ihr Bewusstsein funktioniert einfach nicht so. Ihre Software, der Islam, erlaubt es nicht.

Der Christ hingegen weiß um seine natürliche Fehlerhaftigkeit, die er nie ganz los wird, weiß – seit Luther – aber auch, dass er diese Unfreiheit durch sein Denken überwinden kann. Egal, ob jemand Christ ist oder nicht, diesen Punkt begreifen ist wichtig, um zu verstehen, was unsere deutsche Art von Freiheitsbewusstsein mitprägt. Es geht um die weltanschauliche oder religiöse Software, die man in sich trägt. Bitte lest folgendes Zitat Luthers aufmerksam:

„Es hilft der Seele nichts, wenn der Leib heilige Kleider anlegt, wie es die Priester und Geistlichen tun; auch nichts, wenn er in Kirchen und an heiligen Stätten weilt; auch nichts, wenn er mit heiligen Dingen umgeht; auch nichts, wenn er leiblich betet, fastet, Wallfahrten macht und alle guten Werke tut. Es muss noch etwas anderes sein, wenn es der Seele Rechtschaffenheit und Freiheit bringen und geben soll. Denn alle diese obengenannten Stücke, Werke und Verhaltensweisen kann auch ein böser Mensch, ein Scheinheiliger und Heuchler

an sich haben und üben. Auch entstehen durch ein solches Verhalten keine anderen Leute als nur Scheinheilige. Umgekehrt schadet es der Seele nichts, wenn der Leib unheilige Kleider trägt, an unheiligen Orten ist und alle Werke unterläßt, die die oben genannten Scheinheiligen tun.“

Wenn es nicht die Beachtung irgendwelcher Regeln ist, die einen Menschen frei macht, was dann? Luthers einfache Lehre ist, dass die Freiheit auf keine Art in äusserlicher Weise gegenwärtig und wirklich ist, sondern nur als Geistiges überhaupt erlangt wird – also im DENKEN.

Hier setzen unsere Herrscher an: Sie blockieren unser Denken durch Belastung unserer Gewissen. Lassen wir es nicht zu. Sondern fragen wir uns immer: Warum eigentlich nicht? Durch Demos Neuwahlen erzwingen – warum eigentlich nicht? Die Zuwanderung aus der islamischen Welt beschränken – warum eigentlich nicht? Die vom Ausland gesteuerten islamischen Verbände auflösen – warum eigentlich nicht? Den Koran verbieten – warum eigentlich nicht? Aus dieser EU austreten – warum eigentlich nicht? Ich könnte hier endlos weitermachen. Und natürlich kann man sich über die Richtigkeit der Vorschläge streiten. Aber man sollte sich jeden Gedanken erlauben! Ein gesundes Herz, das sich nicht von außen irreleiten lässt, wird unmenschliche Einfälle richtig einzuordnen und zu verurteilen wissen.

Von Deutschland, den USA & Fußball-„Emotionen“



Diese Woche ging es

heiß her, allerorts innerhalb der Medienlandschaft wurde wieder diskutiert und diffamiert. „Hart aber Fair“ stach dadurch hervor, dass sich hier eine Runde von frischen und eher unverbrauchten Gesichtern zusammenfand, während andernorts mal wieder die üblichen Verdächtigen saßen, deren Meinungen und Ansichten bereits zu genüge bekannt sind.

(TV-Kritik von „HT“ zum [Hart aber fair-Talk](#) vom 13. Oktober 2010)

Die Plasberg-Sendung war vor allem hinsichtlich der Art, wie man miteinander sprach, recht interessant, man vermisste das übliche emotionsgeladene Angiften und die starke Polarisierung, die das Thema Integration meist mit sich zieht. Wohl anhand der recht nüchternen Umgangsweise miteinander lässt sich erkennen, dass sich der politische Wind in Deutschland gerade in letzter Zeit etwas gewendet hat, und man zur Erkenntnis gekommen ist, dass es gerade für Politiker nicht mehr günstig ist, seine multikulturellen Träume auf Kosten der Volksnähe vollends auszufalten. Demnach, ein gemäßigtes Gespräch, hier und da auch im Konsens. Doch worum ging es den Einzelnen genau?

Die Islamfreunde e.V. wurden diesmal repräsentiert durch den Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, und den Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit. Kolat mimte wie schon so oft zuvor den beleidigten Türken, der von allerorts Entschuldigungen einfordert und sich in der

klassischen Opferrolle sah. Da wurde wieder die Rassismuskeule geschwungen, und gleichzeitig viel erzählt über diese und jene Einbringung seinerseits zur Förderung der Integration, über die man seltsamerweise nirgends etwas hört oder liest.

Wowereit hingegen meinte, dass man die ganze Integrationsdebatte etwas gelassener sehen sollte, eine gelebte Politik, die man ihm anhand der katastrophalen Umstände in Berlin aufs Wort glauben möchte. Auf altbekannte linke Manier wurde hier wieder relativiert, was das Zeug hält. So wurde die Deutschenfeindlichkeitsdebatte in Problembezirken zuerst einmal auf das Niveau der „Minderheitendiskriminierung“ heruntergewässert, so dass er letztendlich durch sein Dasein als Homosexueller die Möglichkeit hatte, sich selbst in die Opferrolle zu drängen, als wollte er sagen „Hey, werden wir nicht alle wegen irgendetwas diskriminiert, gegen das etwas getan werden muss?“.

Herzhaft zu Lachen gab es dann auch noch, etwa als er den Zuzug von Einwanderern aus islamischen Ländern bzw. der Türkei durch einen „Aufstiegswillen“ begründete... würde er hier und da einen Blick in die üblichen Beschäftigungsstatistiken werfen und nicht mit geschlossenen Augen durch seine Stadt spazieren, hätte er sicher gemerkt, dass Deutschland aus ganz anderen Gründen so attraktiv ist.

Interessant war ebenfalls die Debatte bezüglich der Schulpflicht. Hier nannte Wowereit, dass es eine ganze Bandbreite an staatlichen Mitteln gäbe, türkisch bzw. arabischstämmige Familien zur Einhaltung derselben zu bewegen, und wenn diese nicht zögen, so müsse man „sich halt was anderes überlegen“. Genau dieses „Andere“ wird im so verhassten Buche Sarrazins plausibel und nachvollziehbar erläutert, auch wenn es doch in den eingängigen Runden zum Thema Sarrazin so gerne hieß, er „hätte keine Lösungen parat, sondern schürt nur Ängste und Hass“.

Auch in der „Hart aber Fair“-Debatte war mal wieder die

Wortwohl und der Blickwinkel entscheidend. Wowereit etwa sprach im Bezug auf die unsäglichen Pfiffe auf die deutsche Nationalhymne und den „Vaterlandsverräter“ Özil von „Emotionen“, die nun mal zu einem Fußballspiel dazugehören würden. CSU-Politiker Alexander Dobrindt sah das Spektakel aus einer ganz anderen Perspektive, nämlich der in der Tradition von Erdogans Köln-Ansprache stehende Widerstand gegen die Integration, der sich hier um ein weiteres Mal sehr deutlich offenbart hatte. Auch im Bezug auf die Moscheebau-Debatte gab es hier wieder sehr unterschiedliche Blickwinkel; Nathanael Liminski sprach von „Ängsten der Bevölkerung“, die von der Politik ernstgenommen werden sollte. Wowereit jedoch drehte den Spieß um und gab sich somit der Lächerlichkeit preis; er sprach von „Ängste schüren“ in dem Falle, dass man die Öffentlichkeit im Voraus über einen geplanten Bau informieren und in die Entscheidung mit einbeziehen sollte. Ein Eigentor, wie man meinen könnte; hier kommt ein weiteres Mal die unverantwortliche Haltung vieler Politiker zum Vorschein, gegen den Willen des mündigen Bürgers zu bestimmen, was für ihn am besten sei (das hatten wir schon mal, nämlich in der Schweizer Minarett-Debatte!). Durchaus spielt in Wowereits Aussage auch die Furcht vor der Realität eine Rolle.

Als Rohrkrepierer entpuppte sich auch die US-Journalistin Heather de Lisle. Diversen Punkten konnte man durchaus zustimmen, doch letztendlich waren eben diese vorgekaut und alter Wein in neuen Schläuchen, wie etwa das übliche „In-Deutschland-ist-man-sofort-ein-Nazi-wenn“-Geheule. Ohnehin war sie eifrig dabei, jedes noch so kleine Detail der Diskussion irgendwie mit ihrem Heimatland in Bezug zu bringen und zu vergleichen. Da Deutschlands und Amerikas kulturelle Hintergründe und Traditionen jedoch sich gleichen wie Nacht und Tag, hinkte ihre Argumentation stark. So verglich sie Berlin-Kreuzberg als „ethnisches Viertel“ mit Chinatown in San Francisco und gab den Deutschen die Schuld, dass ersteres als Ghetto und nicht etwas als Touristenattraktion angesehen wird. Liebe Frau de Lisle, eventuell ist Chinatown auch deswegen

eine Touristenattraktion, weil der amerikanische Durchschnittstourist dort nicht als „Scheiß-Amerikaner“ beschimpft wird und nicht mit körperlichen Auseinandersetzungen zu rechnen hat. Disqualifiziert hatte sie sich auch, indem sie sich während der Mesut Özil-Debatte echauffierte, warum dieser immer noch nicht als „normaler“ Deutscher anerkannt wird, obwohl er in der dritten Generation hier leben würde. Man möchte ihr antworten: Eben deswegen, weil er Koranverse betet, anstatt die deutsche Nationalhymne zu singen. Eben deswegen, weil er gläubiger Muslim ist. Eben deswegen, weil er sich nicht der hierzulande so oft verpönten „Leitkultur“ anpasst, die sich im Gegensatz zum Einwanderungsland USA über Jahrhunderte entwickelt hat (guter Konter von Herrn Dobrindt).

Letztendlich bot dieser Abend eine weniger hitzige, dafür ausgiebige und informationsreiche Debatte mit neuen Gesichtern und man wünscht sich, dass die derzeitige Debattenkultur und die Themenauswahl sich nicht – wie befürchtet – als Eintagsfliege entpuppen, und das Thema Integration sich endlich als fester Bestandteil einer bürgernahen Politik in den Köpfen der Herrschenden festsetzt.

[Video der „Hart aber fair“-Sendung:](#)

Angela Merkel: „Multikulti ist absolut gescheitert“



Auch im Bundeskanzleramt scheint die Realität langsam -notgedrungen- Einzug zu halten. Bevor zukünftig Politiker wie René Stadtkewitz ([Die Freiheit](#)) oder Jan Timke ([BIW](#)) einen nicht geringen Anteil der CDU-Wähler mitnehmen, hat [IM Erika](#) mal fix: „Multikulti ist absolut gescheitert“ für den dummen Michel gebrüllt.

Der [Focus](#) berichtet:

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Streit um die Integrationspolitik die Multikulti-Gesellschaft für „absolut gescheitert“ erklärt. Damit pflichtete Merkel dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CDU) bei, der Multikulti für tot erklärt hatte. Merkel betonte aber, dass Deutschland ohne die Zuwanderung von Spezialisten nicht auskommen könne.

Im Streit über den Kurs in der Integrationspolitik hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel die Multikulti-Gesellschaft für tot erklärt. „Dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert“, sagte Merkel am Samstag in Potsdam. Sie pflichtete damit Äußerungen des bayerischen Regierungschefs Horst Seehofer bei. Bei der Zuwanderung äußerte sie sich allerdings weniger kategorisch als Seehofer. Die Qualifikation deutscher Arbeitsloser müsse zwar Vorrang haben vor der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, betonte die Kanzlerin. Ohne die Zuwanderung von Spezialisten werde Deutschland aber nicht auskommen. Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und Bildungsministerin Annette Schavan stellten sich gegen Seehofers Forderung, die Zuwanderung zu begrenzen. Sie wollen die Hürden für den Zuzug hochqualifizierter Ausländer senken.

Die Bestrebungen, in einer Multikulti-Gesellschaft einfach

nebeneinanderher zu leben, seien gescheitert, betonte Merkel bei einem Kongress der Jungen Union in Potsdam. (...)

Wer das übliche Geblubber mit den diesbezüglichen Einschränkungen noch lesen möchte, kann das [hier](#) tun...

(Danke allen Spürnasen)

Keine Davidsterne im Stadion von Inter Mailand



Die englische Mannschaft [Tottenham Hotspur](#), auch die „Yid Army“ genannt, hat traditionell viele jüdische Fans. Diese sind im Mailand offenbar unwillkommen. Die italienische Polizei hat angekündigt, beim Champions-League-Spiel bei Inter Mailand am Mittwoch [Fahnen mit Davidstern zu konfiszieren](#), sollten Fans welche mit ins Stadion nehmen. Die Maßnahme angeregt hat Inter Mailand selbst, aus Angst vor „rassistischen Äußerungen der eigenen Fans“. Der achso gegen Rechts kämpferische Fußball mit seinen [Hochglanz-Aktionen gegen Rassismus](#) wird jetzt also judenrein...

(Spürnase: mousseman)

Hartz IV-Mutter kostet fast eine halbe Million



In der FAZ lässt uns Gunnar Heinsohn auf erschreckende Weise teilhaben an dem, was uns die Zuwanderungspolitik aller Parteien gebracht hat. Es ist furchtbar, wie dieses Land heruntergewirtschaftet wurde. Deutschland wird bereits 2010 nur noch Rang 23 verteidigen nach Rang 3 in 1980. Wir sind längst keine Spitzennation mehr. Bitte [hier](#) lesen...

(Spürnase: Humphrey)

Österreichs Grüne gegen Gleichberechtigung



In Wien entdeckte ich vor wenigen Tagen ein Wahlplakat der Grünen, mit dem auf unlautere Weise Stimmenfang betrieben wurde. Im Vordergrund ist die Kandidatin der Grünen, [Maria Vassilakou](#), zu sehen sowie der Slogan „Kompromisslos gegen rechte Hetze“. An diesem Slogan ist an sich nichts auszusetzen, ganz im Gegenteil, so eine Aussage ist lobenswert. Schaut man sich allerdings das [Wahlplakat im Ganzen](#) an, fällt einem im Hintergrund eine leicht unscharf abgebildete Frau auf, die ein Kopftuch trägt. Die Frau lächelt und scheint mit ihrem Kopftuch ganz zufrieden zu sein.

(Von Zwiebelsuppe)

Somit erscheint die Aussage „Kompromisslos gegen rechte Hetze“ natürlich in einem ganz anderen Licht – denn indirekt wird hier „rechte Hetze“ mit der Kritik am Kopftuchtragen islamischer Frauen gleichgesetzt. „Rechte Hetze“ auf eine Stufe zu stellen mit der Kritik an der Ungleichberechtigung von Mann und Frau – wofür in der islamischen Kultur das Kopftuch steht – ist natürlich eine Frechheit. Welch eine fiese Methode, auf Kosten von benachteiligten Frauen bei uninformierten Bürgern auf Stimmenfang zu gehen.

Oder um es mit den Worten der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ekin Deligöz, zu sagen:

„Das Kopftuch ist ein Symbol der Frauenunterdrückung. Wer von Frauen verlangt, dass sie Kopftuch tragen, macht sie zu einem Sexualobjekt, das sich verhüllen muss.“

P.S.: Die österreichischen Grünen erlitten bei der Wiener Landtagswahl vom 10. Oktober einen Verlust von zwei Prozentpunkten...

» maria.vassilakou@gruene.at

UdSSR plante atomaren Angriffskrieg auf Europa

☒ 20 Jahre ist die Wende nun her, 20 Jahre der Zusammenbruch des wohl größten Imperialismus aller Zeiten, der Sowjetunion und ihrer Vasallenstaaten in Europa. Was die Menschen beiderseits der Mauer beschäftigte, war aus heutiger Sicht einseitig. Die Vergewaltigung der Menschenrechte, die Geiselhaft von Millionen Deutschen in dem Gefängnis an Moskaus langem Arm, das alles versperrte gar die Sicht auf noch viel bedrohlichere Seiten an 45 Jahren kaltem Krieg.

(Von Chemikus)

Geradezu symbolisch dafür war, dass im Wendeherbst kein Gedanke frei war, der über die Thematik bürgerlicher Menschenrechte im Kommunistenreich hinausging, als die aufgebrachten Bürgerrechtler der DDR erfolgreich die Stasi beim Vernichten ihrer Akten stoppen konnte. Ganz ungestört und unbeobachtet konnte dabei eine noch ganz andere „Behörde“ ihr Papier verbrennen, an die in jenen Stunden wohl tatsächlich niemand dachte: die NVA.

Allein aber schon das, was übrig blieb, wie auch die nunmehr offenen Geheimunterlagen der Armee der ehemaligen Tschechoslowakei, belegen schwarz auf weiß, dass die Gefahr eines [von der Sowjetunion ausgehenden Atomkrieges](#) weitaus

näher lag, als selbst die Einschätzungen der NATO und der westlichen Geheimdienste bis dahin jemals vermuteten.

Die Informationen, die dem Westen bis dahin vorlagen, gingen von einem konventionellen Überraschungsangriff aus, der in wenigen Tagen den Rhein überschreiten und schließlich den Atlantik erreichen sollte. Tatsächlich kannte man Pläne der Russen, in einer regelrechten Feuerwalze aus sage und schreibe 200 Artilleriegeschützen auf 1 Kilometer Frontabschnitt den Boden der verhassten Bundesrepublik buchstäblich umzugraben.

Und tatsächlich weiß man heute auch, dass allein in der DDR derart gigantische Mengen an Munition eingelagert waren, dass diese für einen Eroberungskrieg bis zum Atlantik mehr als ausgereicht hätten, von den breitbandigen Nachschubkorridoren über Polen, Tschechien und die Ostsee ganz zu schweigen. Im militärischen Sinne bedeutet dies im wahrsten Sinne des Wortes, dass die Elbe die Grenze der Sowjetunion war.

Was man zwar einkalkulieren musste, aber nicht wirklich wusste, war, dass die Militärstrategen des Warschauer Paktes (also faktisch der Sowjetunion) dem gegenüber einen von Anfang an nuklearen Überraschungsschlag aus vollem Rohr immer mehr favorisierten. Dazu muss gesagt werden, dass die Verteidigungskonzepte der NATO die Entscheidung der Russen für den nuklearen Überraschungsangriff begünstigten. Es gab für den V-Fall nämlich die sogenannte 50-Kilometer-Regel: im Falle des Angriffs durften die Truppen des Warschauer Paktes unter keinen Umständen mehr als 50 Kilometer auf bundesdeutsches Gebiet vordringen können. Spätestens hier mussten sie endgültig gestoppt sein. Dafür sah die NATO als letzte Möglichkeit den Einsatz taktischer Atomsprengköpfe, sogenannter „Mini-Nukes“ faktisch auf eigenem Gebiet vor. Dieses Verteidigungskonzept, den Russen sicher nicht verborgen geblieben, hat den Konzeptionswandel der Russen hin zum atomaren Erstschlag wahrscheinlich begründet.

25.000 Dokumente

Cirka 25.000 militärische Geheimunterlagen der NVA waren es, die zur Wende in den Besitz des Bonner Verteidigungsministeriums gelangten. Weitere Informationen lieferte der Tschechische Historiker Petr Lunak in einem Buch über die tschechoslowakischen Kriegsplanungen von 1950 bis 1990, die de facto ja sowjetische waren. Hinzu kommt die Freigabe von 1.700 Dokumenten durch die polnische Regierung, die sich nach letztem Stand noch in der Übersetzung befinden.

Russland selbst, als de facto Rechtsnachfolger der Russischen Sowjetrepublik als auch der UdSSR insgesamt, verweigert dagegen bis heute jeglichen Einblick in die Geheimunterlagen der ehemaligen Sowjetarmee.

Einerseits sind die Rückschlüsse, die aus den Unterlagen der Warschauer Paktstaaten zu ziehen sind, an sich schon erschütternd genug, um wieviel brisanter müssen aber die Druckwerke, Befehle und Schriftverkehre sein, die in Moskau selbst noch unter Verschluss liegen. Denn selbst die höchsten Militärs der Warschauer Pakt-Staaten bekamen über die Militärstrategie, die sie ja mittragen sollten, aus Moskau nur ganz dürftige Informationen.

Schwerpunkt Süddeutschland

Schaut man sich die Landkarte des geteilten Deutschland an, versteht man, warum die NATO das Gebiet um den sogenannten Thüringer Balkon am schärfsten bewachte. Hier, im Großraum Fulda/ Schweinfurt, erwartete man einen konventionellen Angriff der Sowjetunion zuerst. Deren Machtbereich ragte hier geographisch am tiefsten in die Bundesrepublik hinein, das Gelände ist ideal für einen Panzervorstoß und die amerikanischen Stellungen um Frankfurt/ Hanau bis Kaiserslautern/ Landstuhl ließen sich hier am schnellsten mit einer Panzerarmee erreichen und zerstören. Der Gedanke aber, dass den Bewachern Europas statt Panzern Marschflugkörper über die Köpfe fliegen könnten, diese Möglichkeit stellte die NATO wie gesagt, lange Zeit nur an die zweite Stelle ihrer Erwartungen.

Die strategische Linie Würzburg – Erlangen – Regensburg – Landshut wegen der hier entlang stationierten NATO-Verbände wäre wahrscheinlich das erste Ziel sowjetischer Atomraketen geworden. Hierfür waren 41 Nuklearwaffen vorgesehen. Fraglich ist jedoch, ob taktische Gefechtsfeldsprengköpfe oder größere Kaliber. Für gesamt Süddeutschland bis zur Achse Straßburg–Epinal–Dijon–Langres–Besançon–Lyon waren weitere 90 vorgesehen, mit dem Hauptziel, die 7. Armee der US-Army auszuschalten und die Angriffsmittel und die Infrastruktur der NATO in ganz Süddeutschland einschließlich Hessen/RLP auszulöschen.

Praktisch sofort nach den Atomschlägen sollten Panzerverbände gen Westen vordringen und am 7. oder 8. Tag den Rhein überschreiten und am 9. Tag Lyon erreichen. Benutzt hätte man dafür das „Menschenmaterial“ der NVA sowie der tschechischen Armee, deren Soldaten man damit in den sicheren Strahlentod nach nur wenigen Tagen geschickt hätte.

In der Norddeutschen Tiefebene waren 62 Sprengköpfe für den Großraum Schleswig-Holstein vorgesehen, für Ostniedersachsen 115 und für das Zielgebiet Nordkassel 175. Diese letzt genannten Zahlen stammen aus Übungsunterlagen der NVA aus den 80er-Jahren.

Warum ??

Treibende Kraft und Scharfmacher für diesen geplanten Wahnsinn war offenbar vor allem Michail Orgakow, Generalstabschef und Marschall der Sowjetunion. Der die Vernichtung des verhassten Westens offensichtlich kaum erwarten konnte. So jedenfalls seine ersehnte Vorwegnahme jeglicher Rechtfertigung mit den Worten, der Westen habe (mit seiner Hochrüstung) der Sowjetunion den Krieg ja faktisch schon erklärt. Ein Großmanöver der NATO sollte dann als konkrete Rechtfertigung dienen.

Der Grund für soviel blinden Vernichtungswillen erschließt

sich wohl vor allem aus der Angst der Sowjetunion, dem Wettrüsten ökonomisch und technologisch bald nicht mehr folgen zu können. Der technologischen Überlegenheit des Westens wollte man militärisch zuvorkommen.

Überraschend war aber auch die Erkenntnis, dass die Kriegsplanungen der Sowjets erheblich mehr von Ideologie getrieben waren und von erheblich weniger Ratio, als der Westen vermutete. Dem Argument, dass ein atomar verseuchtes Westeuropa nicht nutzbar war, stand die Aussicht entgegen, sich dem ideologischen und militärischen Todfeind vor der Haustür dann entledigt zu haben.

Als drittes Motiv steht im Raum, was den Ideologen des Weltkommunismus schon seit Lenin vorschwebte: die Zwangsbeglückung der Menschheit mit dem Kommunismus notfalls militärisch durchzusetzen, wenn das Konzept des Revolutionsexports auf lange Sicht nicht zum Ziel führen sollte. Am allerdeutlichsten wurde dieses Motiv in der gewaltigen Aufrüstung der Roten Armee unter Stalin in den 30er-Jahren, wofür Millionen Menschen, vor allem in der Ukraine, den Hungertod sterben mussten.

Und warum dann doch nicht?

Darüber lässt sich bislang wohl nur spekulieren. Nichts liegt aber näher, als die todsichere Aussicht, bei einem Nuklearangriff auf Europa, von den strategischen Atomwaffen der USA dann selber faktisch ausgelöscht zu werden. Die auf mobilen Rampen, wie U-Booten, stationierten US-Raketen waren für die Russen faktisch unerreichbar und unabwendbar.

Der ökonomische Tod

Eine so mörderisch rücksichtslose Hochrüstung wie noch unter Stalin ließ sich seit Cruschtschow nicht mehr bewerkstelligen. Wie süchtig die Sowjetunion nach jedem einzelnen Gramm spaltbarem Material dennoch war, zeigt sich an der verzweifelten Ausbeutung der in der DDR liegenden

Uranvorkommen vor allem in Westsachsen/ Ostthüringen. Das von den Russen finanzierte Riesenunternehmen Wismut, das den dort beschäftigten Bergleuten für DDR-Verhältnisse ungewöhnliche Privilegien und Einkommen verschaffte, schürfte in verarmten Erzgängen, die unter ökonomischen Gesichtspunkten absolut nicht abbauwürdig waren. Aus heutiger Sicht muss man sagen, dass, vor allem seit der kostspieligen Bindung von Truppen in Afghanistan von 1979 an, die westliche atomare Hochrüstung die Sowjetunion wirtschaftlich erdrosselt hat. In diesem Sinne war Ronald Reagan vielleicht der klügste und weitsichtigste Stratege des 20. Jahrhunderts. Unter Inkaufnahme des Risikos natürlich, dass die so gehetzte Sowjetunion in ihrer Aussichtslosigkeit in einen Atomschlag gegen den Westen getrieben werden hätte können.

Interessante Vertrauensrisse im Inneren

1983 fand die bis dahin gewaltigste NATO-Übung statt, das Manöver Able Archer '83. Im Osten war der KGB der erste, der von solchen Vorgängen erfuhr. Brenzlich war die Sache dadurch, dass der KGB eher zu wenig wusste, als zuviel. Ihm fehlten nämlich genügend Belege, dass es sich nur um eine Übung handele. Er ging deshalb von tatsächlichen Angriffsvorbereitungen des Westens aus. Vor allem weil er wusste, dass diesmal sogar die Regierungschefs der NATO-Staaten an der Übung teilnehmen sollten. Erst als ein sowjetischer Doppelagent dem britischen Geheimdienst mitteilte, dass der KGB in heller Panik über diese Vorgänge sei, entschied die NATO, dass Reagen selbst der Übung fern bleiben sollte.

Am erstaunlichsten an jenen Tagen ist aber, dass der KGB weder die Generäle der Sowjetarmee noch das ZK der KPdSU über die Vorgänge im Westen informierte, von denen er wusste. Gorbatschow, nach der Wende dazu befragt, bestätigte, dass in ZK-Sitzungen kein Wort über ein NATO-Manöver oder mögliche Kriegsvorbereitungen des Westens fiel. Anscheinend war der KGB erfahren und besonnen genug, um zu wissen, dass man den

Wahnsinnigen und Geisteskranken im Kreml wie in der Armeeführung auf keinen Fall alles mitteilen durfte, was man wusste. Dies lässt ein helles Licht darauf fallen, dass wohl gerade die Funktionäre der Sowjetunion, Breschnew eingeschlossen, die den Finger direkt am roten Knopf hatten, am wenigsten zurechnungsfähig waren.

Die Wiedervereinigung aus militärpolitischer Sicht

Wohl jeder, der sich bisher über das Tempo wunderte oder gar beschwerte, mit dem Helmut Kohl die Wiedervereinigung voranpeitschte, hat die damaligen Verhältnisse wahrscheinlich noch nicht aus militärischer Sicht einzuschätzen versucht.

Ein fiktiver Dokumentarfilm des ZDF „Der Dritte Weltkrieg“ (in schlechter Qualität in [Youtube](#) zu finden) ist deshalb so beklemmend, weil sein Szenario aus heutiger Rückschau derart realistisch war. Es geht von einem Putsch gegen Gorbatschow im Herbst 1989 aus. Ein alter General und verbissener Scharfmacher putscht sich an die Macht und lässt Gorbatschow verschwinden. Er zwingt die Regierungen der DDR und anderer Vasallenstaaten, die Volksaufstände in ihren Ländern gewaltsam niederzuschlagen. Über eine totale Blockade Westberlins greift er in der Folge Deutschland an und treibt am Ende die ganze Welt in den Atomkrieg. Sicher hat es uns allen ganz gut getan, dass wir uns damals keine weiteren Sorgen über die prekäre, unsichere Lage in der Sowjetunion gemacht haben. Heute wissen wir, was alles hätte passieren können. Von einem Putsch in der Sowjetunion (1991 tatsächlich passiert) bis zu einem eigenmächtigen Vorgehen der sowjetischen Truppen in der DDR gegen die friedliche Revolution.

Eine so gefährliche militärische Ausgangslage für einen sowjetischen Panzerangriff auf die Bundesrepublik, wie im Film „Der Dritte Weltkrieg“, war im Herbst 1989 tatsächlich noch gegeben. Mit dem Vollzug der Wiedervereinigung und der Westbindung Polens und damit dessen Wegfall als mögliches sowjetisches Aufmarschgebiet war eine akute Lebensgefahr für

uns alle nahezu restlos beseitigt, die uns im damaligen Freudentaumel vielleicht gar nicht bewusst geworden war. Gott sei Dank nicht.

Die Informationen stammen im Wesentlichen von Heinz Rühle, der Chef des Planungsstabes im Bonner Verteidigungsministerium war und heute den Planungsstab in der politischen Abteilung der Nato in Brüssel leitet.

NRW plant Intensivbetreuung für kriminelle Kids

☒ Nichts ist uns zu teuer für unsere Schützlinge. Und so planen die Grünen eine intensive Heimbetreuung für kriminelle Kinder, um diese mit eigens zuständigen Betreuern (Kosten 50-60.000 Euro pro Jahr pro Betreuer) auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Auf dass sie einmal unsere Renten zahlen.

Die WELT [berichtet](#):

Schutz vor einer Karriere als Intensivtäter: In NRW sollen künftig schon neunjährige verhaltensauffällige Kinder ins Heim.

Verhaltensauffällige Kinder sollen künftig schon mit neun Jahren in „pädagogisch hochintensiven Betreuungseinrichtungen“ untergebracht werden, um sie vor einer Karriere als Intensivstraftäter zu schützen. Das plant die rot-grüne Landesregierung in NRW laut der aktuellen Ausgabe der „Welt am Sonntag“.

Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) erklärte im Gespräch mit der Zeitung, in diesen Einrichtungen werde ein

deutschlandweit bislang unerreichtes Betreuungsverhältnis geschaffen: Jedes Kind soll einen Betreuer ganz für sich bekommen. Eine solche Betreuung dürfte zwischen 50.000 und 60.000 Euro pro Kind und Jahr kosten. Die Landesregierung wird erste Modellprojekte schon 2011 mit rund 20 Millionen Euro finanzieren.

Schließlich scheiterten alle bisherigen Versuche, insbesondere die Zahl der rund 3000 jungen Intensivstraftäter in NRW deutlich zu senken. Ob weiche Methoden wie Sozialstunden oder harte wie der sogenannte „Warnschussarrest“ und die langfristige Inhaftierung in Jugendvollzugsanstalten – nichts konnte bislang verhindern, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Bestraften wieder rückfällig wurden. Auch die von der CDU propagierten Drill-Lager für junge Intensivtäter änderten daran nichts – schon weil sie zackig klingende Theorie blieben.

Da nach allen vorliegenden Studien die übergroße Mehrzahl jugendlicher Intensivtäter aus dem türkisch-arabischen Migrantenumilieu stammen, gäbe es noch eine billigere Variante. Und die heißt „abschieben“. Aber das geht wohl zu weit...

(Spürnase: Chester, Foto: Diskussion über Jugendgewalt in Köln)

Imame made in Germany



Spannend sind die Tage, die wir gerade erleben. Ein Artikel jagt den nächsten, das Thema Integration ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Doch was wird aus all dem Gerede werden? Nennenswerte Aktionen bleibt die Politik bislang schuldig – außer einer. Aber ob die der Integration wirklich dienlich ist, oder nicht eher das Gegenteil bewirkt, erscheint bei genauerer Betrachtung mehr als fragwürdig.

(Kommentar von Frank Furter)

Bereits Mitte der Woche [wurde bekannt](#): an drei deutschen Universitäten sollen zukünftig Imame ausgebildet werden, in Münster, Osnabrück und Tübingen. Bundesbildungsministerin Schavan nannte dies einen „wichtigen Beitrag zur Integration“. Tatsächlich mag die Maßnahme vordergründig sinnvoll erscheinen. Denn bisher stammen Imame in muslimischen Gebetshäusern vornehmlich aus dem Ausland, sprechen meist nur Türkisch oder Arabisch, und vermitteln nicht zufällig die politischen Werte, auf denen die eklatanten Missstände in ihren Heimatländern beruhen. Noch abschreckender erscheinen lediglich die hierzulande aufgewachsenen und zum Islam konvertierten Prediger, allen voran Pierre Vogel, deren offensichtliches Ziel es ist, ihre Vorbilder in Radikalität, Extremismus und – schlicht und ergreifend – Dummheit noch einmal zu überbieten.

Von diesem Standpunkt aus gesehen könnte man durchaus zu dem Schluss gelangen: noch schlimmer kann es eigentlich nicht werden. Warum also nicht? Die Antwort darauf liefert der

Zentralrat der Ex-Muslime, der laut [Bild-Online](#) nicht sonderlich begeistert auf die Einführung eines Lehrstuhls für Imame reagiert hat:

Vielmehr sieht die Vorsitzende des Zentralrats, Mina Ahadi, laut einem Interview der „Leipziger Volkszeitung“ die Gefahr, dass sich Parallelstrukturen verfestigen und der negative Einfluss der islamischen Verbände wächst. Die deutsche Islam-Ausbildung bringe „keinerlei Fortschritte bei der Integration der Muslime in Deutschland“.

Damit widerspricht der Zentralrat der Ex-Muslime eindeutig der Erwartung der Bundesbildungsministerin. Bemerkenswert an dieser Tatsache ist, dass die Mitglieder dieses Rates im Gegensatz zu Schavan durchaus praktische Erfahrungen zu diesem Sachverhalt vorzuweisen haben – und zwar keine sonderlich angenehmen. Tatsächlich haben diese Menschen ein Gesicht des Islam kennen gelernt, das längst nicht nur auf Einzelfälle begrenzt ist, sondern vielmehr essenzielle Voraussetzung war für die 14 Jahrhunderte währende, rapide Ausbreitung dieses geopolitischen Projektes. Die Verfolgung von Abtrünnigen, das Verbot interreligiöser Ehen und die kulturell indoktrinierte hohe Geburtenrate stehen am Anfang jeder Landnahme – [ab einer signifikanten Anzahl Muslime in einer Bevölkerung](#) kommt die politische und rechtliche Unterdrückung Andersdenkender hinzu. Am Ende dieses Prozesses stehen Gesellschaften wie jene in Saudi-Arabien, Syrien oder der Türkei – um nur einige zu nennen. Länder, die einst verschiedenen Religionen Heimat boten, und heuer fast ausschließlich muslimisch sind. Historisch gesehen scheint es als erwiesen, dass der Prozess der Islamisierung ab einer „kritischen Masse“ nicht mehr umkehrbar ist.

Und nicht nur in der Historie finden sich hierfür Belege, auch in der Gegenwart – mitten in unserem Land. Güner Yasemin Balci gab jüngst in der Sendung [„Menschen bei Maischberger“](#) einen entscheidenden Hinweis: in Gegenden wie Berlin-Neukölln führt

die lokale Islamisierung dazu, dass selbst gemäßigte Muslime alles dafür tun, dem gesellschaftlichen Druck der zunehmend radikalisierten Mehrheit zu entfliehen. Sie flüchten quasi – nicht vor bösen Deutschen! – sondern vor ihrem eigenen Kulturkreis, der jegliche Integration unterdrückt. Das wiederum deutet auf eine entscheidende Erkenntnis hin, die man unter anderem aus den Untersuchungen Thilo Sarrazins hätte ziehen können: statistisch gesehen sind Muslime schlechter integriert als andere Bevölkerungsgruppen. Das heißt aber nicht, dass alle Muslime schlecht integriert sind. Diese undifferenzierte Sichtweise mag die hysterische Interpretation vieler Politiker gewesen sein, sie war aber nicht die Aussage des Verfassers.

Zwar sind sie statistisch unterdurchschnittlich vorhanden, doch existieren sie dennoch: aufgeklärte, gut integrierte Muslime. Diese kennzeichnen sich nicht nur dadurch, dass sie aus jenen Gegenden, in denen ihre orthodoxen Glaubensgenossen schleichend die Macht übernehmen, wegziehen. Vielmehr weisen sie schon heute jene Denkweisen auf, die Schavan meint, nur mit Hilfe eines Imamstudiums herbeiführen zu können: sie gehen nicht ständig in die Moschee, sie kommen in den Himmel, auch ohne Kopftuch zu tragen, sie essen sogar manchmal Schweinefleisch, ganz ohne Angst vor Allahs böser Strafe.

Diese Muslime haben ihren Weg in eine aufgeklärte, säkulare und moderne Gesellschaft gefunden – ohne jedoch dafür „integrationsfördernde“ Imame benötigt zu haben. Sie haben sich von ihrer Religion und dem gesellschaftlichen Herrschaftsanspruch derselben entfernt – ohne jedoch dafür um „Hilfe“ von Schavan zu bitten. Sie nennen sich Deutsche, wenngleich sie sich ihrer ehemaligen Heimat verständlicherweise auch weiterhin verbunden fühlen – ohne jedoch dafür auf die „Unterstützung“ von Ditibs und Zentralräten angewiesen zu sein.

Kurzum: die Situation in unserem Lande ist der Beleg dafür, dass der Islam selber der Integration im Wege steht.

Angesichts dessen die gesellschaftliche Bedeutung des Islam zu erhöhen, erscheint nicht nur unsinnig, sondern destruktiv. Und genau das ist es, wovor der Zentralrat der Ex-Muslime warnt: Wenn die Einführung von Studiengängen schlussendlich dazu führt, die Position der Verbände zu stärken, dann ist es nicht nur zum Fenster heraus geschmissenes Geld, sondern vielmehr eine mit Steurmitteln finanzierte Stärkung derer, die der Integration offenkundig im Wege stehen. Oder vereinfacht ausgedrückt: wir brauchen keine Imame, die den Muslimen erzählen, wie man im Westen Religion interpretiert. Wir brauchen Politiker, die den Muslimen erzählen, wie man im Westen Politik interpretiert!

Hier offenbart sich spätestens die aberwitzige Wahrheit, die hinter den Ereignissen in Münster, Osnabrück und Tübingen liegt: demokratisch gewählte Volksvertreter feiern sich selber für die Einführung eines Lehrstuhls, an dem der realexistierende Inbegriff des Antidemokratischen gelehrt werden soll. Na super!

Es mag wie eine historische Anekdote klingen: Münster und Osnabrück, das sind jene beiden Städte, die 1648 gemeinsam zum Schauplatz großer Geschichte wurden, als hier der 30-jährige Krieg im „Westfälischen Frieden“ ein langersehntes Ende fand. In Münster trafen sich die katholischen Herrscher Europas, in Osnabrück die protestantischen. 50 km Abstand waren notwendig, die eigentlichen Glaubensbrüder zu trennen. Der 30-jährige Krieg ist der ultimative Beleg dafür, zu welcher abartiger Radikalisierung Glaube im Stande ist. Hoffentlich bleibt es nur eine Anekdote, dass gerade in diesen beiden Städten der radikalste Glaube unserer Zeit nun eine bedenkliche Aufwertung erfährt.